

# Zürich

## Mittel zum Zweck

Der Trendforscher Matthias Horx erklärt die Zukunft der Liebe und warum Menschen so ein grosses Liebesbedürfnis haben. SEITEN 18 + 19

## Fallpauschale

Der Krankenhausverband verteilt dem neuen Abrechnungssystem gute Noten. Die Kritik aber verstummt nicht. SEITE 17



# Feinerschliessung künftig gröber

**KANTONS RAT** Feinerschliessung im öffentlichen Verkehr bedeutet im Kanton Zürich künftig: Die nächste Bushaltestelle darf 750 Meter entfernt sein statt wie bisher 400 Meter.

So schnell kanns gehen: Der Kantonsrat hat gestern 51 Lücken im Angebot des öffentlichen Verkehrs (ÖV) im Kanton Zürich gestopft. Die Änderung tritt bereits per 1. Juli dieses Jahres in Kraft.

Mehr Bus- oder Bushaltestellen gibt es deswegen aber nicht. Im Gegenteil: Der Ausbau des ÖV-Angebots könnte gebremst werden. Der Kantonsrat hat nämlich eine regierungsrätliche Verordnung genehmigt, mit der die Kriterien, wie Siedlungs- und Arbeitsplatzgebiete mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erschliessen sind, gelockert werden. Bisher galt, dass die nächste Bus- oder Tramhaltestelle höchstens 400 Meter Luftlinie entfernt sein darf. Neu kann die Distanz in Ausnahmefällen bis zu 750 Meter betragen. Das entspricht der maximalen Entfernung, innerhalb derer schon heute auch eine Bahnstation erreichbar sein muss. Als Ausnahmefälle gelten dabei solche, in denen die Lückenschliessung sich wirtschaftlich nicht rechtfertigen liesse. Ausserdem kann das ÖV-Angebot an den Wochenenden reduziert werden, wenn die Summe der Wohn- und Arbeitsplätze in einem Siedlungsgebiet dann unter 300 sinkt.

Mit der so geänderten Angebotsverordnung könnten pro Jahr bis zu 20 Millionen Franken gespart werden. Nach der bisher geltenden Verordnung zählte der Kanton Zürich nämlich einklagbare 95 ÖV-Angebotslücken. Jetzt ist deren Zahl mehr als halbiert.

Anlass für die neuen Spielregeln waren zwei Rekurse der Gemeinde Niederhasli. Diese hatte darauf beharrt, dass dem Weiler Nassenwil und dem Industriegebiet Oberhasli eine ÖV-Erschliessung zustehe. Der Regierungsrat musste die Rekurse mit der geltenden Verordnung gutheissen,

obwohl er die Argumente des Zürcher Verkehrsverbundes nachvollziehen konnte, wie Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh sagte. In der Folge legte die Regierung dem Parlament die nun abgesegnete Änderung vor.

### Widerstand der Ratslinken

Sie stiess auf den Widerstand der Ratslinken. Bei den Rekursen aus Niederhasli sei es um die ÖV-Grundversorgung gegangen, sagte Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach). «An dieser Grundversorgung gilt es festzuhalten.» Trotz kantonsweit 95 Angebotslücken habe es nur zwei Gemeinderekurse gegeben. Dies zeige, dass die Ge-

meinden massvoll vorgehen. Die Wirtschaftlichkeit einer ÖV-Erschliessung sei ein Gummikriterium. «Der Regierungsrat will seinen Ermessensspielraum vergrössern und Rekursmöglichkeiten einschränken», so Forrer. Ein starker ÖV nütze der Bevölkerung, der Wirtschaft, den Autofahrern und sei gut fürs Klima. Felix Hoesch (SP, Zürich) warnte, die Lockerung der Kriterien könnte nicht nur abgelegene ländliche Siedlungen, sondern auch Quartierbusse in Städten treffen.

Die Ratsrechte hielt dagegen: «Mit leeren Dieselnissen durch die Weltgeschichte zu fahren, macht einfach keinen Sinn», so Christian Lucek (SVP, Dänikon). Es sei höchste Zeit, einen wirtschaftlichkeitsorientierten Blick auf das ÖV-Angebot zu werfen.

«Es droht kein Abbau», versicherte Olivier Hofmann (FDP, Hausen am Albis), «aber wir sind gegen das Giesskannenprinzip.»

Weil auch die Mitteparteien für die Änderungen waren, kamen diese im Parlament problemlos durch. «Sie führen dazu, dass keine übertriebenen ÖV-Angebote geschaffen werden», so Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen). Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), Vorstandsmitglied des Verbands öffentlicher Verkehr (VöV) Kanton Zürich, pflichtete ihr bei: «Die Änderung macht Sinn. Starre Regeln verunmöglichen eine differenzierte Fahrplangestaltung.» Trotz der nun zulässigen Einsparung von bis zu 20 Millionen Franken pro Jahr sei die Grundversorgung gewährleistet. Und: «Es werden keine be-

stehenden Linien abgebaut. 97 Prozent des Kantonsgebiets sind bereits mit einem feinen ÖV-Netz erschlossen», so Sommer.

### «Kein Systemwechsel»

Der Sprecher der Grünen verneinte den Spareffekt: Schliesslich seien die 20 Millionen für die Lückenschliessungen bisher ja eben nicht ausgegeben worden. FDP-Regierungsrätin Walker Späh betonte: «Das Geld wollen wir dort einsetzen, wo viele Menschen davon profitieren. Und der Zürcher Verkehrsverbund will an seiner bewährten Erschliessungspraxis festhalten. Wir wollen keinen Systemwechsel.» Gegen die Stimmen von SP, Grünen und AL hiess der Kantonsrat die geänderte ÖV-Angebotsverordnung gut.

Matthias Scharrer

## Stichtag ist der 1. Juli

**KANTONS RAT** Künftig sollen im Kanton Zürich Amtsantritte einheitlich erfolgen.

Die Mitglieder von Gemeinderäten und Schulpflegen sollen zur gleichen Zeit ihr Amt antreten – und zwar am 1. Juli. Der Zürcher Kantonsrat hat mit 138 zu 18 Stimmen einer entsprechenden Änderung des Gesetzes über die politischen Termine zugestimmt. Bislang galt der Beginn des Schuljahres für die Schulpflegen als Stichtag. Gemeinderäte übernehmen ihr Amt, sobald die Mehrheit der Mitglieder eines Gemeindevorstands rechtskräftig gewählt ist. Ausgenommen sind Parlamentsgemeinden.

Mit der wachsenden Zahl von Einheitsgemeinden, bei denen ein Mitglied der Schulpflege auch Gemeinderat ist, führen die verschiedenen Termine zu personellen Überschneidungen. Die Revision ist angezeigt, weil 2018 Erneuerungswahlen stattfinden.

### «Problem, das keines ist»

Einzelne Widersprüche gab es. Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon), selbst Mitglied einer Schulbehörde, sagte: «Die Vorlage löst ein Problem, das keines war.» Ausserdem falle der Antrittstermin 1. Juli in die Zeit, da Schulbehörden sehr viel zu tun hätten. «Eine Amtsübergabe ist dann, als wolle man einen fahrenden Zug besteigen», sagte Hugentobler. Doch die Ratsmehrheit folgte der Meinung, die unter anderen Katharina Kull (FDP, Zollikon) vertrat: «Für viele Einheitsgemeinden ist die jetzige Situation inakzeptabel.»

Auch eine Anpassung betreffend Ständeräte wurde vorgenommen. Damit diese pünktlich auf Beginn der ersten Session vereidigt werden können, sollen zweite Wahlgänge künftig nicht mehr fünf, sondern schon drei Wochen nach dem ersten Wahlgang stattfinden. sda



Wo der Bus hält, ist auch eine politische Frage. Der Kantonsrat hat gestern neu definiert, was eine einklagbare Angebotslücke ist.

Marc Dahinden

## Eher Ehre als grosses Geschäft

**MÜNZKABINETT** Der Internationale Numismatische Rat (INR) verlegt seinen Sitz nach Winterthur – und damit auch sein Archiv.

Rund 160 Institutionen, die sich mit Münzkunde beschäftigen, sind im Internationalen Numismatischen Rat (INR) zusammengeschlossen. Der INR konstituierte sich 2015 neu als Verein nach Schweizer Recht und hat nun entschieden, per 1. Juli 2017 auch seinen juristischen Sitz in die Schweiz zu verlegen – ins Münzkabinett in Winterthur. Dass der Umzug möglich wird, hat viel mit Benedikt Zäch zu tun, dem Leiter des Münzkabinetts, der auch für die SP im Gemeinderat sitzt. Er zog die Fäden im Hintergrund. Von 2003 bis 2015 war er im Vorstand des INR und ist darum international bestens vernetzt.

Die konkreten Auswirkungen für das Museum sind aber gering. «Der Vorstand wird wohl an zwei bis drei Tagen jährlich hier tagen, und das Archiv wird in Winter-

thur konzentriert», sagt Zäch. Die laufenden Geschäfte führt aber weiter der Vorstand. Denkbar ist laut Zäch, dass später Tagungen in Winterthur stattfinden.

Für Winterthur ist es eher eine Ehre als ein grosses Geschäft, als Sitz zu figurieren. «Wir erhalten eine Pauschale von ein paar Hundert Franken», sagt Zäch. mif



Im Gebäude des Münzkabinetts an der Lindstrasse 8 wird sich der Vorstand des Internationalen Numismatischen Rates künftig treffen. zvg/Roland Fischer

## Wasserfrage wirft hohe Wellen

**REGENSDORF** In Regensdorf soll ein künstlicher Wellensee zum Surfen entstehen. Ob schon das Projekt noch in den Kinderschuhen steckt, wirft die Herkunft des Wassers bereits jetzt schon Fragen auf.

In Regensdorf ist ein grosser Surfpark geplant. Der Verein Waveup will neben der Sportanlage Wisacher einen künstlichen See anlegen und mit einem Generator Wellen zum Surfen erzeugen. Der 300 Meter lange und 80 Meter breite See soll mit überschüssigem Grundwasser von der nahe gelegenen Baufirma Kibag gefüllt werden. Weil Grundwasser in eine ehemalige Kiesgrube fliesst, muss sie das Wasser abpumpen.

Das Waveup-Projekt sieht vor, das überschüssige Wasser künftig für den Betrieb der Surfanlage zu nutzen. Dies hat zwei Unterländer Kantonsräte auf den Plan gerufen. Beat Huber (SVP, Buchs) und Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) wollen vom Regierungsrat wissen, wieso man dieses Wasser nicht in

den Furtbach leitet und damit die Probleme bezüglich Wassermenge und -qualität des Gewässers löst. Der Furtbach ist als kleines Gewässer stark belastet und dient heute als Hauptbezugsquelle für die Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen.

### Gemüse und Salate

Nun reagiert der Regensdorfer Gemeindepräsident Max Walter auf die kantonsrätliche Kritik. «Es ist nicht so, dass wir den Gemüsebauern das Wasser stehlen wollen», ärgert er sich. Der Hintergrund: Der Kantonsrat Beat Huber produziert Gemüse und Salate in Buchs. Huber und Walter gehören beide der SVP an. «Im Sommer, wenn die Gemüsebauern Wasser benötigen, braucht der See kein Wasser», sagt Walter. Man müsse höchstens die Wassermenge nachfüllen, die verdunstet. «Aber diese Menge reicht nicht für die Gemüsebauern.»

Geplant sei, den See jeweils im Winter nach den jährlichen

Unterhaltsarbeiten neu aufzufüllen. «Im Sommer fliesst das überschüssige Grundwasser der Kibag weiterhin in den Furtbach.» Auch sei das Projekt nicht auf das Wasser der Kibag angewiesen, führt Walter weiter aus. «Wir können auch Wasser aus dem Zürichsee oder der Limmat beziehen.»

Für Walter bringt das Grossprojekt dem ganzen Kanton einen positiven Schub. «Es geht nicht nur um eine Welle, die ein paar Spinner nutzen dürfen, sondern um eine Freizeitanlage für die ganze Region.» Denn neben dem Surfpark sind ein Seekindergarten, ein Restaurant und Naturerlebniswege geplant.

Beim heutigen Stand des Projektes sei das Wasser aber noch gar kein Thema. «Das Nutzungsgesuch für Wasser ist noch nicht gestellt. Dazu ist es noch viel zu früh.» Jetzt gehe es erst einmal um den Richtplaneintrag. Die Gemeinde Regensdorf will im Gebiet Wisacher 7,5 Hektaren Land als Erholungszone ausschneiden. Anna Bérard